



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 20.02.2019, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Konzeption eines zentralen Jugendtreffs im Stadtbad

Vorl.Nr. 030/19

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er TOP 1 auf. Er geht auf die unterschiedlichen Beschlussempfehlungen aus der Vorberatung des Ausschusses Bauen, Technik und Umwelt und des Ausschusses Bildung, Sport und Soziales zur Vorlage 424/18 ein.

Herr **Burtchen** (FB Bildung und Familie) erläutert die Konzeption eines zentralen Jugendtreffs im Stadtbad anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt und geht auf die Mitteilungsvorlage 030/19 ein. In der Umnutzung des Stadtbades sehe er eine Chance für einen zentralen Jugendtreff. Er geht insbesondere auf die Ausgangslage, PaSta, Prinzipien der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Schwerpunkte des Konzeptes für einen zentralen Jugendtreff, Nutzung des ehemaligen Saunabereiches EG und UG, Netzwerk und Sozialraumorientierung, sowie Personal- und Sachkosten, ein. Das PaSta Personal mit einem Stellenumfang von 225% und das PaSta-Budget werde eingesetzt. Für das Konzept sei kein weiteres Personal und Budget notwendig.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass dies kein neues zentrales Jugendzentrum in der Stadt sei, sondern man wolle die bisherigen Möglichkeiten des PaSta erweitern. Durch die kombinierte Nutzung sehe man deutlich mehr Möglichkeiten. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** dankt für die Vorstellung des Konzeptes und merkt an, dass die Situation hierdurch klarer sei. Er hält fest, dass keine weiteren Personal- und Sachkosten anfallen werden. Die Schließung des PaSta sei mittlerweile erfolgt. Es habe ein konstruktiver, offener Austausch mit dem Jugendgemeinderat, der sich sehr engagiert habe, gegeben. Zu den Baukosten wünsche er eine Deckelung und spricht den Antrag der FW-Fraktion an. Weiter geht er auf den zweiten Rettungsweg in Verbindung mit einem weiteren Eingang ein. Wichtig sei, dass andere Projekte durch diese Maßnahme nicht geschoben werden. Mit einem überschaubaren Betrag und dem Einbringen und Engagement der Jugendlichen in der Ausgestaltung könne er mitgehen.

Für die umfassende Darstellung bedankt sich Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Man habe viel Zeit verbraucht. Sie sei gespannt, ob die Einsparmöglichkeiten der Hochbauverwaltung für die Kritiker ausreichend seien. Die Jugend sei ihr wichtiger als Tiefgaragen und Parkplätze, so Steinwand-Hebenstreit. Wichtig sei ein Zentrum für die Jugendlichen, auch angegliedert an das Schulzentrum. Die Nutzung sei umfänglich. Das Konzept sei gut und zukunftsfähig. Das Gebäude habe eine gute Substanz. Zum Thema Eigenleistung weist sie auf die aktuelle Ausschreibung im Handwerk der Würth Akademie hin. Sie hofft auf eine entsprechende Abstimmung.

Stadtrat **von Stackelberg** will heute über die Möglichkeiten für die Jugend und nicht über Tiefgaragen und Parkflächen sprechen. Der Bedarf war bereits im Herbst vorhanden. Durch den Wasserschaden sei eine Dynamik entstanden. Das Konzept sei die Fortführung des bisherigen Konzeptes und er bemängelt den Zeitverlust. Es sollte schnell in die Planung und Umsetzung eingestiegen werden. Der Jugendtreff im Stadtbad sei die ideale Location mit einer Verknüpfung, die nicht besser sein könne. Die Schulen Ost und West sollen angebunden werden. Die Innenstadt sei ein wichtiger Standort für die Jugendlichen. Er sei froh über das Engagement des Jugendgemeinderates und dieser solle weiter eingebunden sein. Er dankt für die ausführliche Vorlage.

Für die ausführliche und gute Präsentation dankt ebenso Stadträtin **Moersch**. Der Jugendtreff sei dringend notwendig. Der Standort sei perfekt. Es sei ein wichtiger Baustein im Campus. Dennoch müssen die Kosten beachtet werden und spricht den Antrag der FW-Fraktion an. Hier wünsche sie Klarheit zum Kostenrahmen bis zur Gemeinderatssitzung. Sie wolle die Jugend unterstützen und dem Jugendgemeinderat ein klares Zeichen der Unterstützung geben. Weiter solle dieser in die Pflicht genommen werden. Die Aussage, dass kein weiteres Personal nötig sei, war wichtig. Durch den Wasserschaden sei eine Dringlichkeit gegeben. Die Räumlichkeiten haben Charme. Mit Kreativität könne man Besonderes schaffen.

Stadtrat **Heer** geht auf die Historie ein. Es sei eine entsprechende Kostenschätzung und eine Gesamtkonzeption der innerstädtischen Jugendarbeit eingefordert worden. Die klassische Jugendarbeit sei aktualisiert worden. In der Konzeption fehle ihm die mögliche Einbindung der Villa V. Die Schulsozialarbeit finde in jeder Schule statt und sei in der gesamten Stadt hervorragend. Er begrüße den Aus- und Umbau des zentralen Jugendtreffs. Der Jugendgemeinderat habe sich positiv eingesetzt. Er wundere sich über die Ausführungen der Grünen-Fraktion, hinsichtlich einer Förderung durch die Würth Akademie, obwohl sie sich gegen eine Förderung durch die Mercator-Stiftung zur Sprachförderung ausgesprochen haben.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt EBM **Seigfried** diesen TOP.

Beratungsverlauf:

Herr **Dahler** und Frau **Döring** (FB Sport und Gesundheit) berichten über den aktuellen Sachstand zum Landesturnfest anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Das Landesturnfest wird vom 21. bis 24. Mai 2020 in Ludwigsburg stattfinden. Erwartet werden bis zu 15.000 Teilnehmer. Die Vertragsunterzeichnung habe im Oktober 2019 vor der Schlosskulisse stattgefunden. Weiter wird die Organisationsstruktur erläutert. Aktuell werden die Wettkampfstätten festgelegt. Traditionell übernachten die Teilnehmer in Gemeinschaftsquartieren. Man wird hier um Unterstützung in den Nachbarkommunen nachfragen. In der Anmeldegebühr sei ein Frühstück inkludiert, nachhaltig bringen die Teilnehmer ihr eigenes Geschirr mit. Das Blühende Barock und das Schloss werden, beispielhaft in Form von Führungen, Fotoausstellungen, Sondertarifen für die Teilnehmer, integriert. Die MHP-Arena, Eishalle, sowie Stadtkirche werden unter anderem als Veranstaltungsstätte genutzt. Das Zentrum und Herzstück des Festes, mit der Hauptbühne auf dem Marktplatz, werde der Innenstadtbereich sein. Auch die Innenstadthändler sollen von den vielen Gästen in der Stadt profitieren. Hier könne man sich vorstellen, dass die Cafés besondere Tarife anbieten. Hierzu haben Gespräche mit den Vertretern der Innenstadthändler stattgefunden. Man pflege eine sehr gute Tradition zu den Vereinen, Stadtverband und Turn Gau und sei dankbar für die Zusammenarbeit. Ebenso haben Vereine der Nachbarkommunen ihre Hilfe angeboten.

EBM **Seigfried** dankt für den Zwischenbericht. Das Gremium werde über die zunehmende Dynamik laufend informiert.

Beschluss:

1. Aufnahme der betrieblichen Kindertageseinrichtung des Landratsamtes Ludwigsburg in die örtliche Bedarfsplanung:
 - a. Dem Antrag auf Aufnahme in die Bedarfsplanung am Standort Hindenburgstraße wird vorbehaltlich der baulichen und betrieblichen Realisierbarkeit für folgende Gruppen zugestimmt:
 - I. Eine ganztägige Krippe für 0-3-jährige Kinder (10 Plätze)
 - II. Eine Krippe mit verlängerter Öffnungszeiten für 0-3-jährige Kinder (10 Plätze)
 - III. Eine ganztägige Gruppe für 2-6-jährige Kinder (15-20 Plätze).
 - b. Der Betriebskostenzuschuss erfolgt nach den Fördermodalitäten für privat-gewerbliche und freie Träger.
2. Der Landkreis erhält einen Bauinvestitionszuschuss in Höhe von maximal 1 Mio. Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) informiert über die Vorlage 432/18. Der Antrag und die Konzeption entsprechen den Erwartungen. Ein Antrag auf Förderung sei gestellt worden und die Baumaßnahme geprüft, so Schmetz. Da es sich um eine Betriebseinrichtung handelt wird empfohlen, dass nicht die übliche Förderhöhe angesetzt wird, da nur ein geringer Anteil Ludwigsburger Kinder betroffen sei. Der Landkreis habe zugesichert, dass 25 Prozent der Plätze Ludwigsburger Kindern zur Verfügung stehe.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Traub** begrüßt die Entstehung des Betriebskindergartens. Jeder Platz sei wichtig. Sie könne mit der Vorlage mitgehen. Man brauche Kooperationen mit verschiedenen Trägern und eine Vielseitigkeit.

Das Landratsamt als großer Arbeitgeber habe einen hohen Betreuungsbedarf, so Stadtrat **Kasdorf**. Die Nähe zu den berufstätigen Eltern, gute Erreichbarkeit, Zeitgewinn und Umweltgedanke sei vorteilhaft. Das Konzept sei schlüssig und er stimme der Vorlage gerne zu. Mehr Information wünsche er zum genauen Standort.

Ebenfalls seine Zustimmung gibt Stadtrat **Daferner**. Er lege Wert auf Überprüfbarkeit der Anmeldungen. Wie sein Vorredner wolle er den genauen Standort wissen. Zudem interessiere ihn, wer der private Träger sei.

Für das Landratsamt als familienfreundlichen Arbeitgeber biete sich diese Maßnahme an, so Stadträtin **Moersch**. Sie werde der Vorlage zustimmen. Die Wirksamkeit für die Ludwigsburger Kinder müsse im Auge behalten bleiben. Die Deckelung der Bauförderung sei der richtige Weg.

Stadtrat **Heer** merkt an, dass sich die FDP schon lange um Betriebskindergärten bemüht habe. Der Weg sei richtig und er werde der Vorlage gerne zustimmen. Die Stadt habe Belegungsrechte und dies sei eine positive Wechselwirkung.

Durch die Beteiligung der Stadt müsse gesichert sein, dass ein bestimmter Anteil der Plätze für Kinder aus Ludwigsburg sei, so EBM **Seigfried**.

Herr **Thumberger** (Landratsamt Ludwigsburg) geht auf die offenen Fragen ein. Der Standort sei gegenüber dem ersten Neubau. Zudem habe man die Trägersuche europaweit ausgeschrieben.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Zuschuss im Rahmen des KiFA-Programms zur Sicherung der 0,1 Stellenanteile, welcher der Einrichtung zur Verfügung gestellt wird, erhöht sich um 500 Euro auf 3.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft TOP 5 auf und teilt mit, dass der Schulbeirat ebenso darüber informiert werde, ob das derzeitige Raumprogramm in der Innenstadt für die nächsten Jahre zureichend sei und über die Konsequenzen.

Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) informiert zum Thema Schulentwicklung im Innenstadtcampus anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er geht auf die notwendigen Schulräume, die Ist-Analyse, die vorhandenen Schulgebäude und auf Lösungsvorschläge, ein. Wichtig sei, dass sich momentan die Justinus-Kerner-Schule, aufgrund der Verzögerung beim Bau der Fuchshofschule, im Innenstadtcampus befinde. Die vorhandenen Fachräume im Innenstadtcampus passen zur festgelegten Zügigkeit und stehen ausreichend zur Verfügung. Herr Wittmann stellt dar, dass mit den vorhandenen Schulräumen, inklusive der Klassencontainer, der Bedarf in der Innenstadt befriedigt werden könne.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass der Schulbetrieb ökonomisch und wirtschaftlich durchführbar sei. Die Abbildung von sechs Klassenräumen über die Containerlösung für einen längeren Zeitraum sei machbar. Er eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **von Stackelberg** sei über die Modulbauten nicht glücklich. Diese Lösung sei nicht zufriedenstellend. Weiter wünscht er nähere Information zum Zeitpunkt der Gründung der Fuchshofschule.

Die Situation in der Innenstadt sei eng bemessen aber gut, so Stadtrat **Meyer**. Die Flächen im Innenstadtbereich seien knapp. Er bittet weiterhin um engmaschige Absprachen mit den Schulleitern. Dennoch könne nicht jeder Wunsch erfüllt werden. Umsetzungsstrategien und finanzielle Mittel seien auch für die Bewältigung anderer Projekte notwendig. Man habe derzeit die Situation, dass auswärtige Kinder ebenso aufgenommen werden können. Notfalls müsse hier mit den Nachbarkommunen gesprochen werden, wenn dies nicht mehr geleistet werden könne.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** will wissen, ob es Neues zur regionalen Schulentwicklung gebe. Weiter spricht sie die fehlende Sporthallenkapazität in der Innenstadt an. Anmerken wolle sie zur prekären Verzögerung zum Fuchshof, der zur Aufsiedlung und Entlastung der Innenstadt diene, dass sich die Verantwortlichen hierzu nochmals Gedanken machen sollten.

Das Vorgehen sei vernünftig und entspreche den Vorstellungen, auch hinsichtlich der Prioritätensetzung der FW-Fraktion, so Stadtrat **Weiss**. Insbesondere spricht er das Mitgehen der Schulleiter. Die Anmerkung seiner Vorrednerin zur Verzögerung der Fuchshofschule sei unpassend.

Stadtrat **Heer** dankt für den schlüssigen Bericht und zeigt sich zuversichtlich. Aktuelle Informationen wünsche er zum alten Fachklassentrakt.

Die Fuchshofschule werde im September 2021 fertiggestellt sein, so Herr **Wittmann**. Der Umzug findet statt, sobald die Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Solange werde die Grundschule am Berliner Platz untergebracht sein und die Justinus-Kerner-Schule könne bis dahin nicht umziehen. Die Gründung der Fuchshofschule werde, bereits zur ursprünglich geplanten Fertigstellung, ein Jahr früher sein. Weiter geht er auf den regionalen Schulentwicklungsplan ein. Man stehe in einem engen Austausch mit den Nachbarkommunen und dem Regierungspräsidium. Eine Rolle spiele die Schülerlenkung und Aufteilung an andere Schulstandorte.

TOP 5

Schulentwicklung im Innenstadtcampus - mündlicher Bericht

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass es künftig bereits bei der Aufnahme eine stärkere Steuerung gebe. Der alte Fachklassentrakt werde in den Pfingstferien geräumt. Der Hauptabbruch erfolge in den Schulferien. Hier stehe man im engen Austausch mit den Schulleitern.

Stadtrat **von Stackelberg** wolle wissen, wie die Ausstattung der Schulräume, auch hinsichtlich der Nebenräume, wie Begegnungs- und Aufenthaltsräume, sei. Die Schulen sollten räumlich gleich ausgestattet sein. Weiter spricht er die bedenkliche Situation der Sporthallen an. Es werden dringend mehr Sportflächen benötigt.

Im Vergleich zu den Nachbarkommunen sei die Situation nicht optimal aber gut, so EBM **Seigfried**.

Die Stadt sei ihrer Verantwortung gegenüber den Schulen gerecht geworden, so Stadträtin **Moersch**. Man habe in den letzten Jahren viel investiert. Man habe einen hohen Standard. Weiter spricht sie die Modulbauten, die den Freiflächenumbau blockieren, auf dem Goethe Innenhof an.

Eine Freifläche werde durch den Abriss des alten Traktes frei, so EBM **Seigfried**. Die Verbesserung der Situation mit den Modulbauten, aus Sicht des Gemeinderates, könne durchaus besprochen werden. Die Thematik Sporthallen und Raumprogramm werde in Kürze im Ausschuss beraten. Weiter spricht er das gute zusätzliche Angebot der Schwimmflächen an.

Stadträtin **Dr. Traub** will wissen, ob auch Verbesserungen für die Lehrkräfte eingeplant seien, da es hier ebenso Defizite gebe.

Herr **Witmann** antwortet, dass das Goethe-Gymnasium, wie auch die Gemeinschaftsschule, neue Räume habe. Das Lehrerzimmer des Schiller-Gymnasiums sei kürzlich umgebaut worden und werde weiter optimiert. Dies stehe beim Mörike-Gymnasium noch an. Die Nebenräume werden, sofern im Modellraumprogramm gefordert, ebenso berücksichtigt. Die Nutzung der Räume liege in der Hoheit der Schulen.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt EBM **Seigfried** diesen TOP.

TOP 6

Ausschreibungsverfahren beim Schulmobiliar - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Albrecht** (FB Bildung und Familie) berichtet zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er geht insbesondere auf den aktuellen Stand, die Beschaffungsanlässe und die Beschaffungsstandards, sowie die Maßnahmen zur Kostendämpfung und die Entwicklung eines Warenkorbes ein.

Nachdem vom Gremium keine Aussprache gewünscht wird, schließt EBM **Seigfried** diesen TOP.

Beratungsverlauf:

Herr **Bockemühl** (FB Feuerwehr und Bevölkerungsschutz) informiert über die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes und geht auf die Mitteilungsvorlage 026/19 ein. Die Fortschreibung sei im Jahre 2018 aufgrund der vakanten Stelle des Feuerwehrkommandanten verschoben worden. Der Ist-Stand wird mit dem Soll-Stand abgeglichen und Handlungsempfehlungen abgeleitet. Für die konkrete spezifische Umsetzung sei eine Diskussion und Abstimmung mit den verantwortlichen Führungskräften notwendig. Die abgestimmten Ergebnisse werden dem Gremium vorgestellt.

Voraussichtlich komme der entwickelte Brandschutzbedarfsplan im 2.Quartal 2020 zur Beratung in die Gremien, so EBM **Seigfried**.

Stadtrat **Meyer** will wissen, ob vor der Beauftragung der Ausschreibung ein Beschluss erfolgen müsse.

EBM **Seigfried** merkt an, dass die Mittel bereits im Haushalt stehen. Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt EBM Seigfried diesen TOP.

Beschluss:

Der jährliche Betriebskostenzuschuss für den Betrieb der Kinderbücherei LEON in Neckarweihingen an den Förderverein der Friedrich-von-Keller-Schule e.V. wird von 1.750.- EUR auf 3.000.- EUR erhöht.

Der jährliche Betriebskostenzuschuss für den Betrieb der öffentlichen Bücherei Poppenweiler an den Förderverein Bücherei Poppenweiler e.V. wird von 1.806.- EUR auf 3.250.- EUR erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Bauer

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** geht auf die ehrenamtlich geführten Stadtteilbüchereien ein. Diese erfüllen die Aspekte bürgerschaftliches Engagement, wie auch Wirtschaftlichkeit.

Herr **Stierle** (FB Bildung und Familie) merkt an, dass seit Vertragsabschluss im Jahre 2004 und 2006 keine Betragsanpassung erfolgt sei. Mit einer Anpassung erreiche man mehr Flexibilität, beispielhaft für Anerkennungskultur und diverse Anschaffungen. Die Ehrenamtlichen verzichten in aller Regel auf die Aufwandsentschädigung und stellen den Betrag dem Verein zur Verfügung.

Stadträtin **Seyfang** wünscht eine regelmäßige Anpassung und stimmt der Vorlage zu.

Ebenso stimmt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** der Vorlage zu. Dieses Kulturgut solle weitergeführt werden und lobt die Arbeit. Für die Nichtinanspruchnahme der Aufwandsentschädigung wolle sie auf die steuerlichen Vorteile hinweisen.

Einen Bücherschrankstandort für die Oststadt wünsche sich Stadträtin **Faulhaber** und stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadtrat **Weiss** freut sich über die lobenden Worte für das Ehrenamt.

Den Wandel der Zeit spricht Stadtrat **Heer**, im Hinblick auf die Schließung der Büchereien, an. Man brauche solche Einrichtungen. Er werde der Vorlage gerne zustimmen.

Herr **Stierle** geht auf die offenen Fragen ein. Die Anregung der steuerlichen Geltendmachung werde er weitergeben. Die eingerichteten Bücherschränke funktionieren sehr gut. Für den Stadtteil Neckarweihingen gebe es Interessenten.

EBM **Seigfried** spricht seinen Dank an die Ehrenamtlichen aus und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die in der **Anlage** aufgelisteten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen (jeweils bis 10.000 EUR) werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Bauer
 Stadtrat Dengel (befangen)
 Stadtrat Meyer (befangen)

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Dengel** und Stadtrat **Meyer** erklären sich für befangen und rücken vom Tisch ab.

EBM **Seigfried** spricht seinen Dank an die Spender und Sponsoren aus. Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt er über die Vorlage abstimmen. Im Anschluss schließt er den öffentlichen Teil der Sitzung.